Bezugspreis
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 9.—. Durch die Post im Orts- und Oberamts-Verkehr sowie im sonstigen inländ. Verkehr ℳ 9.70 m. Postbestellgeld.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.
Girokonto Nr. 24 bei der Oberamts-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 40 ₰, außerhalb des Bezirks 45 ₰, bei Auskunftserteilung durch die Geschäftsstelle 40 ₰ extra.
Reklame-Zeile ℳ 1.— bei größeren Aufträgen entsprech. Rabatt, der in Fällen des Mahnverfahrens hinfällig wird.
Schluß der Anzeigen-Annahme 8 Uhr vorm.
Fernsprecher Nr. 4.
Für telef. Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

№ 84 | Neuenbürg, Dienstag den 13. April 1920 | 78. Jahrgang.

Warum Deutschland den Krieg verloren hat.

In der April-Nummer der „Deutschen Rundschau" veröffentlicht der bekannte Historiker und Politiker Prof. Dr. Theodor Schiemann einen Auszug des offiziellen Berichts, den der Oberkommandierende der amerikanischen Truppen auf dem europäischen Kriegsschauplatz, General Pershing seiner Regierung erstattet hat. Dieser Bericht gewinnt für uns ganz besondere Bedeutung dadurch, daß der amerikanische Heerführer mit aller nur möglichen Deutlichkeit den Nachweis erbringt, daß nämlich nur und ausschließlich die Amerikaner es gewesen sind, die im Vorsommer 1918 das Kriegsglück in dem für die Entente günstigen Sinne gewendet und die Entscheidung herbeigeführt haben. Die Bezichtigung des deutschen Volkes, daß es von der Heimat aus den kämpfenden Truppen in den Rücken gefallen sei, erweist sich auf Grund der Darlegungen des feindlichen Generals als eine haltlose und mit den Tatsachen in Widerspruch stehende Beschuldigung. General Pershing führt in seinem Bericht, aus dem hier nur die entscheidenden Stellen wiedergegeben werden können, unter Anführung genauer Angaben über die strategische Lage und das Stärkeverhältnis an der Westfront im Frühjahr 1918 aus, daß in Frankreich nach einem Bericht des Marschalls Foch die Deutschen noch am 1. Juni 1918 die numerische Ueberlegenheit hatten. Es sei, sagte Foch, unmöglich, einen schließlichen Sieg zu erreichen, falls Amerika nicht eine Armee sende, die den Alliierten die numerische Ueberlegenheit sichere. Dieser Bericht Fochs wurde an Wilson gekabelt; er war von Pershing und Lord Milner unterstützt, von Lloyd George, Clemenceau und Orlando gezeichnet.

An einer anderen Stelle des Berichts über den Beginn der großen Offensive vom 21. März 1918 heißt es: „Die Offensive riß solche Lücken in die britischen und französischen Reserven, daß die Niederlage ihnen sicher gewesen wäre, wenn die amerikanischen Truppen sich nicht sofort brauchbarer gezeigt hätten, als selbst die größten Optimisten zu hoffen wagten." Eine Note vom 27. März charakterisiert in einer Kabeldepesche die Lage folgendermaßen: „Die Schlacht, die sich jetzt in Frankreich entwickelt und sich auf andere Kriegsschauplätze ausdehnen kann, kann die vereinigten Armeen sehr schnell in eine ernste Lage bringen . . ." Weiter: „Als am 21. März 1918 die deutsche Armee an der Westfront die Reihe ihrer Offensiven begann, geschah es durch die furchtbarste Macht, die die Welt jemals gesehen hatte. An kämpfender Mannschaft und Geschützen hatten sie (die Deutschen) eine große Ueberlegenheit. Das war aber von geringerer Wichtigkeit als ihre Ueberlegenheit in moralischer Hinsicht, an Erfahrung, an Trainierung für den Bewegungskrieg und an Einheit des Kommandos." — „Die dritte deutsche Offensive am 27. Mai gegen die Franzosen an der Aisne führte bald zu einer verzweifelten Lage für die Alliierten." — „Am 15. Juli fand die letzte deutsche Offensive statt . . ." (An der Marne.) War sie von Erfolg, so mußte sie Paris, aus dem im Frühjahr 1918 wohl eine Million Menschen geflohen war, aufs Schwerste bedrohen. Pershing weist dann darauf hin, daß der Marnevorsprung der deutschen Armee an sich schwach war und offensichtlich Gelegenheit zu einer Gegenoffensive bot. Eine erfolgreiche Gegenoffensive, sagt Pershing, „mußte die Moral der Alliierten wieder herstellen und die tiefe Depression und die Furcht, die damals bestand, beseitigen. Bisher waren unsere Einheiten bald hier, bald dort eingesetzt worden, um an kritischen Punkten das furchtbare Vorrücken der Deutschen zum Stehen zu bringen . . . Der Feind hatte den Glauben seiner Soldaten ermutigt, daß der Angriff den Krieg mit einem deutschen Frieden beendigen werde. Obgleich er sorgfältige Pläne ausgearbeitet hatte, versäumte er doch, seine Absichten ganz zu verbergen, und man hatte mindestens eine Woche vorher den Verdacht, welche Front er angreifen werde. An der Champagnefront wußte man, zu welcher Stunde der Angriff erfolgen werde, und der Angriff scheiterte nach schweren Verlusten . . . Es waren jetzt über 1 200 000 amerikanische Truppen in Frankreich, was beträchtliche Reserven sicherte. Jede einigermaßen ausgebildete amerikanische Division konnte zu einer Gegenoffensive gebraucht werden."

Prof. Schiemann schließt seine Darstellung mit den Worten: „Aus alledem ergibt sich für uns, daß ohne die gewaltige Hilfeleistung Amerikas an einen Sieg Englands, Frankreichs und Italiens und der übrigen ihnen verbündeten Mächte nicht zu denken gewesen wäre. Vielmehr wäre der Sieg uns sicher gewesen."

Deutschland.

Stuttgart, 12. April. Die Mitglieder der Bürgerpartei haben an die Staatsregierung folgende Anfrage gerichtet: Die bayrische Regierung hat allen Ausländern, die nach dem 1. Aug. 1914 in Bayern ohne polizeiliche Erlaubnis angezogen sind, den weiteren Aufenthalt in Bayern untersagt. Ist der Minister des Innern bereit, darüber Auskunft zu geben, ob er dieselbe Maßregel für Württemberg erlassen, ob er insbesondere verhindern will, daß die aus Bayern Ausgewiesenen sich in Württemberg niederlassen?

Stuttgart, 12. April. In vergangener Woche hielt der Vorstand der Württ. Landwirtschaftskammer eine Sitzung ab, die über den Zusammentritt, den Ausbau und den Etat der Kammer Beratung pflegte. Eine Vollsitzung der Kammer soll am 27. April stattfinden, die sich neben inneren Angelegenheiten und organisatorischen Fragen mit der Zwangswirtschaft, den Fragen der Produktionssteigerungen und der Lieferungsverträge beschäftigen wird.

Frankfurt a. M., 10. April. Im letzten Augenblicke hat der französische General Demetz dem Oberbürgermeister mitgeteilt, daß im Hinblick auf das ruhige Verhalten der Bevölkerung die Kontribution von 10 000 Mark erlassen werde.

Beuthen, 12. April. Am 10. April, abends gegen 9 Uhr, hat der erste Staatsanwalt Fipper in Beuthen ohne Angabe von Gründen den Ausweisungsbefehl bis 11. April, Mitternacht, von der Interalliierten Kommission in Oppeln erhalten. Staatsanwalt Fippers Einwendung, daß seine Abreise aus verschiedenen Gründen kaum möglich sein würde, wurde als unbegründet erklärt. Es wurde ihm eröffnet, daß zwei französische Sicherheitsbeamte in seiner Wohnung sein würden, um seine Abreise zu kontrollieren.

Eine deutsche Warnung an Frankreich.

Berlin, 12. April. Die deutsche Regierung hat die französische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß sich nach vorliegenden Nachrichten französischer Truppen im Vorrücken in der Richtung nach Aschaffenburg befinden. Für den Fall, daß diese Nachricht sich bewahrheite, sieht sich die deutsche Regierung für verpflichtet, mit allem Ernst auf die Gefahr bewaffneter Zusammenstöße der vorrückenden französischen Truppenteile mit deutschen Truppen hinzuweisen.

Aufgrund dieser Note hat Herr Paleologue am 10. April den deutschen Geschäftsträger dahin verständigt, daß Frankreich nicht daran denke, Aschaffenburg zu besetzen, auch Stockstadt sei nicht besetzt worden. Die französischen Vorhuten hätten lediglich aus militärischen Gründen in die Nähe dieser Stadt vorgeschoben werden müssen.

Die Schädigungen eines Generalstreiks.

Ueber die unabsehbaren Folgen eines auch nur für kurze Zeit durchgeführten Generalstreiks für Deutschland macht die „München-Augsb. Abdztg." folgende Ausführungen: „Die Gruben, die ersaufen, die Nahrungsmittel, die verderben, das Material, das verludert oder zugrunde geht, die Industrien, die in ihrer regelmäßigen Lieferfrist gestört, geschäftliche Einbußen erleiden, das sind Schäden, die in wenigen Tagen herbeigeführt und in Jahren erst geheilt sein werden. Zwei- oder dreimal im Jahre nur kurzen Generalstreik, und wir haben das ganze Jahr umsonst gearbeitet! Diese Aussichten an unserer Wirtschaftslage gemessen, lehren uns, daß wir vor einer Wirtschaftsperiode stehen, die durch eine andauernde Lähmung ihrer wichtigsten Lebenserscheinungen gekennzeichnet sein kann. Im Vergleich zu dieser Gefahr sind alle politischen Fragen von Regierungsformen, Koalitionen, Kompromissen, Wahlkämpfen und dergl. Lappalien!"

Wenn das wahr wäre!

Im Januar 1919 hatte sich eine Zentralstelle für die Revolutionsopfer in Berlin gebildet, welche die Beisetzung der in den Straßenkämpfen Gefallenen und standrechtlich Erschossenen besorgte. Vor der Beisetzung Dr. Liebknechts auf dem Friedhof in Friedrichsfelde erschien ein Vertreter der Zentralstelle in der Reichskanzlei und fragte dort an, ob die Regierung einen Kranz senden werde. Durch die Pressestelle der Reichskanzlei wurde ihm mitgeteilt, daß die Zentralstelle einen Kranz besorgen und die Rechnung der Reichskanzlei einreichen solle. Der Vertreter ließ daraufhin einen Kranz für 900 Mark anfertigen. Allerdings war es nicht möglich, die Blumen am Grabe Liebknechts niederzulegen, da die an der Gruft aufgestellten Abordnungen die Kranzspende der Regierung als eine Beleidigung betrachteten und die Spende über die Friedhofsmauer warfen. Die Rechnung für den Kranz wurde der Reichskanzlei überwiesen. Da sie nach einem Lauf durch mehrere Ministerien bis jetzt noch nicht bezahlt wurde, will die Zentralstelle nun den Klageweg beschreiten. Weiter hat die Zentralstelle für die Revolutionsopfer noch ziemlich erhebliche Ansprüche an die Regierung. So sind rund 150 000 Mark für die Hinterbliebenen der Gefallenen verauslagt worden, etwa 32 000 Mark für einen Gedenkstein, 6000 Mark für Leichenfeiern, Predigten und so weiter und etwa 4000 Mark für Kränze. Die Zentralstelle hatte seinerzeit die Zusicherung erhalten, daß die Regierung diese Ausgaben zu decken bereit sei. Ein sozialdemokratischer Abgeordneter will in der Nationalversammlung an die Regierung die Anfrage richten, wie sie sich zur Rückzahlung dieser durch Privatpersonen für sie verauslagten Summen stellen will.

Aus Hindenburgs „Erinnerungen".

„Politiken" veröffentlicht aus Hindenburgs Erinnerungen das Kapitel, das die letzte Woche vor dem militärischen Zusammenbruch zeigt. Er berichtet darin, wie in der Nacht zum 5. Oktober das Angebot an den Präsidenten der Vereinigten Staaten gesandt wurde und führt dann fort: „Wenn der Feind sich in der Erwartung unseres Zusammenbruchs irrte, so irrten wir uns in der Hoffnung, daß der Feind völlig ermatten würde. Der endgültige ungünstige Ausgang des Kampfes ließ sich daher nicht verhüten, wenn es uns nicht glückte, noch ein Aufgebot von Deutschlands letzter Kraft zuwege zu bringen. Eine Volkserhebung würde ihre Wirkung auf den Feind und auf unser eigenes Heer nicht verfehlt haben, aber gab es noch eine solche brauchbare Lebenskraft, eine opferwillige Volksmasse? Jedenfalls war unser Versuch, sie hervorzuzaubern, vergeblich. Die Bevölkerung brach früher zusammen als das Heer. Unter diesen Umständen konnten wir dem Präsidenten der Vereinigten Staaten keinen wirksamen Widerstand leisten. Unsere Regierung gab in der Hoffnung auf Milde und Gerechtigkeit nach. Der deutsche Soldat und der deutsche Staatsmann gingen jeder seinen eigenen Weg. Die entstandene Kluft wurde nicht mehr geschlossen.

Ausland.

Die englische Note über den französischen Einmarsch in Deutschland.

London, 10. April. Die „Times" melden, daß die gestern der französischen Regierung übermittelte britische Note über den französischen Vormarsch in Deutschland in energischem Tone abgefaßt ist. Die Note erklärt, daß das Verhalten Frankreichs eine ernste Streitfrage im Zusammenhang mit der Durchführung des Friedensvertrages aufwerfe, die kaum anders behandelt werden könne, als durch eine übereinstimmende Aktion der Alliierten. Das sei klar, bei einem Problem von solcher Größe, wo keiner der Alliierten in der Lage sein würde, mit ihm allein gegen den Widerstand Deutschlands fertig zu werden. Die Note instruiert den britischen Botschafter in Paris, an keiner Konferenz der Botschafter teilzunehmen, in der Fragen, die den deutschen Friedensvertrag berühren, zur Beratung kämen, wenn Frankreich nicht die Versicherung gibt, daß es in Zukunft mit den Alliierten gemeinsam handeln würde.

Zürich, 12. April. Nach den Informationen des „Corriere della Sera" bezichtigt die neue englische Note an Frankreich die französische Regierung der Ungenauigkeit. Millerand behauptet in seinem Memorandum, die Besetzung Frankfurts und der anderen Städte sei in Uebereinstimmung mit den anderen Verbündeten vorgenommen, während sich England und die übrigen Verbündeten wiederholt geweigert hätten, diese Besetzung gutzuheißen.

Ferner sei in der englischen Note die Ueberzeugung ausgesprochen, daß Frankreich kein zweites Mal aus eigener Initiative handeln dürfe, weil sonst die Arbeit der Konferenz illusorisch werden würde. Das Mailänder Blatt meldet im übrigen, der französische Botschafter habe dem englischen Minister des Aeußern ausführliche Erklärungen über die französische Politik gegeben, sodaß man auf die Schlichtung der Meinungsverschiedenheiten noch vor der Abreise Lloyd Georges nach San Remo hoffen dürfe.

Die gefährdete englisch-französische Allianz.

Rom, 12. April. Unter dem Titel „Die Agonie der englisch-französischen Allianz" berichtet der Pariser Berichterstatter der „Idea Nationale" über die Nervosität und die Besorgnis der französischen Kreise und den Groll gegen England. Die englische Regierung und Presse, so schreibt das genannte Blatt, haben Frankreich bis Samstag abend hingehalten, um es dann plötzlich vor die Wirklichkeit zu stellen, die keinen Ausweg offen läßt. Frankreich ist aufs schwerste getroffen und kann heute verbitterten Herzens die infolge seiner verfehlten Politik verbliebenen Freunde zählen. Millerand sei bereit, die Truppen zurückziehen, vorausgesetzt, daß das Ruhrgebiet geräumt werde. Der Berichterstatter der „Idea Nationale" erklärt weiter, daß nach seinen Informationen Frankreich bereits bemüht sei, einen ehrenvollen Ausweg aus der peinlichen Lage, in der es angesichts der Haltung seiner Verbündeten geraten sei, zu suchen. In Paris versichert man, daß das Abrücken der Franzosen aus der neutralen Zone nur noch eine Frage von Tagen sei.

Basel, 12. April. Die Pressekorrespondenz der Schweizer Blätter bestätigt, daß der Zwist zwischen Frankreich und England ernst genommen werden muß. Das Bündnis habe anscheinend eine unheilbare Wunde erlitten. Insbesondere Lloyd George sei über das rücksichtslose Vorgehen der französischen Militärpartei äußerst verstimmt. Auch der Entschluß Belgiens, Frankreich militärische Hilfe zu leisten, habe bei dem englischen Ministerpräsidenten einen sehr peinlichen Eindruck erweckt.

Der „härteste Stoß für die englisch-französischen Beziehungen".

Amsterdam, 10. April. „Telegraaf" meldet aus London: Alle Morgenblätter besprechen die peinliche Lage, die infolge der britischen Note gegen die Besetzung von Frankfurt durch die Franzosen entstanden ist. Sie teilen mit, daß Lloyd George seine Reise nach San Remo wahrscheinlich verschieben wird — Die „Times" schreiben, daß die britische Note der härteste Stoß sei, der bisher den englisch-französischen Beziehungen zugefügt worden sei.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 13. April. Das Einkommensteuergesetz ist jetzt in Kraft getreten. Darnach sind bekanntlich u. a. die Arbeitgeber verpflichtet, bei der Lohnzahlung 10 vom Hundert des Arbeitslohns einzubehalten und für den Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und gleichzeitig durch Durchstreichen mit Tinte oder ähnlichem zu entwerten. Die nähere Anordnung des Reichsfinanzministeriums ist indessen noch nicht ergangen, auch sind die Steuermarken und Steuerkarten noch nicht ausgegeben.

Neuenbürg, 10. April. (Umsatzsteuer.) Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß der Umsatzsteuer, die seit dem 1. Jan. bekanntlich 1½ Prozent beträgt, nicht nur Lieferungen, sondern auch Leistungen unterliegen, die jemand innerhalb der von ihm selbständig ausgeübten gewerblichen oder beruflichen Tätigkeit im Inland gegen Entgelt ausführt. Danach unterliegen der Umsatzsteuer auch die Leistungen der Aerzte, Tierärzte, Rechtsanwälte usw. Ferner wird darauf aufmerksam gemacht, daß die Steuerpflicht nicht dadurch ausgeschlossen wird, daß die Absicht, Gewinn zu erzielen, fehlt, oder ein Verein, eine Gesellschaft oder Genossenschaft, die nur an die eigenen Mitglieder liefern, die Tätigkeit ausübt. Die Steuerpflicht wird auch dadurch nicht ausgeschlossen, daß die Leistung auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung bewirkt wird. Danach unterliegen auch die Zwangsversicherungen von Vieh usw. der Umsatzsteuer.

Neuenbürg, 13. April. (Bekämpfung des Rapsglanzkäfers.) In den letzten Jahren ist der Anbau von Raps beständig vermehrt worden und in gleichem Maße sind auch die Klagen über Schädigungen des Ertrags durch den Rapsglanzkäfer gestiegen. Bei der Wichtigkeit der Oelfrüchte und der Höhe des Schadens erscheint es angezeigt, eine sachgemäße und erfolgreiche Bekämpfung durchzuführen. Da man in Norddeutschland mit dem Sperlingschen Fangapparat in den letzten Jahren sehr gute Erfahrungen gemacht hat, beabsichtigt die Anstalt für Pflanzenschutz in Hohenheim, diesen Apparat allgemein einzuführen. Derjenige Rapsbauer, welcher Interesse für die Sache hat, wird gebeten, sich mit der Unterzeichneten in Verbindung zu setzen. Dieser wird dann das weitere im Benehmen mit der Pflanzenschutzanstalt veranlassen und insbesondere für die unentgeltliche Beschaffung eines Fangapparats für etwaige Versuchsansteller besorgt sein. Für die Versuche eignet sich nur Reihensaat mit mindestens 30 Zentimeter Reihenweite, letztere ist vom Versuchsansteller anzugeben. Bemerkt sei noch, daß der Käfer auch durch Besprühen mit Uraniagrün bekämpft werden kann (50 Gramm Uraniagrün und 500 Gramm Fettkalk auf 100 Liter Wasser). Landwirtschaftliche Winterschule Leonberg.

Torfgewinnung aus dem Wildsermoor.

Dem „Schwäb. Merkur" wird aus dem Enztal geschrieben:

Mit größter Beunruhigung verfolgen die Bewohner des Enztales die immer wieder auftauchenden Gerüchte, daß die Regierung beabsichtige, der augenblicklichen Stimmung eines Teils der Bevölkerung nachgebend, das hochgelegene Wildsermoor zur Torfgewinnung heranzuziehen. Waren es vor Jahrzehnten die Bestrebungen, das Moor für Holznutzung dienstbar, d. h. durch Entwässerung den Boden urbar zu machen, die die Bevölkerung des Enztales durch Hochwasserkatastrophen büßen mußte, so war es in den 90iger Jahren, als

Pionierkompanien Wege schufen und Drainagen anlegten, das jetziger Hochwasser, das diese Unmöglichkeit erneut bitter vor Augen führte und zum Verbauen der Anlagen Anlaß gab. Das diesjährige Hochwasser wird allgemein auf die Vermorschung dieser Verbauungen im Hochmoorrevier zurückgeführt und es ist kein Wunder, wenn bei dem enormen Gefäll der Enz und der dadurch erhöhten Hochwassergefahr sich alle Bewohner energisch gegen eine derartige Anlage aussprechen. Konnten früher Jahrzehnte im Enztale vergehen, ehe der Schreckensruf ertönte „Das Moor tritt aus!", so würde die Bevölkerung jedes Frühjahr einer solchen Katastrophe entgegensehen müssen. Ganz abgesehen von den oben beschriebenen Umständen würde bei der Art die Torfentnahme nötigen Entwässerung des Moors der von der Natur geschaffene, durch das Hochmoor als Auffangschwamm der Winterfeuchtigkeit gebildete Stausee ganz wesentliche Einbuße erleiden, mit andern Worten: um einen kurzen Raubbau auf minderwertiges Brennmaterial würde die heute mehr als je für unser Land so notwendige weiße Kohle vernichtet werden.

Württemberg.

Calw, 12. April. Medizinalrat Dr. Eberhard Müller ist, 76 Jahre alt, gestorben.

Calw, 12. April. Bei der soeben stattfindenden sogenannten Abschlußprüfung, die von dem Verband deutscher privater Unterrichts- und Erziehungsanstalten, an Stelle der seitherigen Einjährigenprüfung, in Stuttgart abgehalten wurde, hatten 18 Zöglinge der Spörrer'schen Höheren Handelsschule Calw, darunter auch der Sohn des Gastwirts Fr. Richt in Calmbach, den gewünschten Erfolg.

Stuttgart, 12. April. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, ist die Stimmung der württembergischen Reichswehrtruppen im Ruhrgebiet dank der überall freundlichen Aufnahme durch die Bevölkerung ausgezeichnet. Die Kämpfe der Württemberger waren nicht schwer, dementsprechend sind auch die Verluste verhältnismäßig gering, bis 10. April etwa 8 Tote und 20 Verwundete.

Stuttgart, 10. April. (Kein Pferdemarkt.) Bei der weiteren Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche ist nun auch der Stuttgarter Pferdemarkt, der am 19. und 20. ds. Mts. stattfinden sollte, verboten worden.

Gmünd, 11. April. (Erwischte Kupfer- und Silberdiebe.) Die Kriminalpolizei hat vier Personen festgenommen, die in einer hiesigen Fabrik für mindestens 40 000 Mark Kupfer gestohlen hatten. Ferner ist es gelungen, Stehler und Hehler aus einem Silberdiebstahl in einer hiesigen Fabrik zu ermitteln, die sich Silberwaren im Werte von 1000 Mark angeeignet hatten.

Marbach, 11. April. (Schwäbische Treue.) Der in den 70er Jahren nach Amerika ausgewanderte Gottlieb Storz aus Benningen, der den Ausmarschierten und ihren Angehörigen in seiner Heimatgemeinde schon bisher 17 000 Mark gespendet hatte, hat nun weitere Stiftungen übersandt: je 1000 Mark dem Kirchenchor und Liederkranz Benningen, 63 000 Mark der Kirchengemeinde zur Ausmalung der Kirche zwecks Ehrung der Gefallenen sowie zur Anschaffung von Glocken und 10 000 Mark für die Errichtung eines Wohltätigkeitsfonds.

Ein Pfund Marmelade 6.20 Mark!

Von sachkundiger Seite wird dem Stuttgarter Tagblatt mitgeteilt: Nachdem der Preis für Marmelade erst vor kurzem von 1.20 Mark auf 3.50 Mark erhöht wurde, soll neuerdings, und zwar rückwirkend vom 1. April ab, der Preis abermals erhöht werden, und zwar auf 6.20 Mark das Pfund.

Es mag sein, daß man in Berlin und Köln und anderen Städten diesen Preis hinnimmt und für 1 Pfund Marmelade 6.20 Mark zahlt. In Württemberg jedenfalls wird bei einem solchen Preis nicht viel Nachfrage nach solcher Marmelade vorhanden sein. Es ist tief bedauerlich, daß man das im Reichswirtschaftsministerium nicht einsehen will und uns in unser obstreiches Land diese teuere Marmelade schickt, die noch dazu teilweise von zweifelhafter Beschaffenheit ist, anstatt den Zucker. Wir meinen, das Württembergische Ernährungsministerium müßte sich, und zwar mit allem Nachdruck, gegen diese schablonenhafte Ernährungspolitik einer Berliner Kriegsgesellschaft wenden und energisch verlangen, daß Württemberg anstatt Marmelade die entsprechende Menge Zucker zugeteilt wird. Sieht man denn nicht, daß man mit solchen Maßnahmen, wie es diese neuerliche Preiserhöhung bei Marmelade bedeutet, die Bevölkerung in höchst unnötiger Weise vor den Kopf stößt und die Zwangswirtschaft, die bei den wichtigen Lebensmitteln notwendig ist, auf diese Weise völlig in Mißkredit bringt. Wir wollen Zucker haben, Herr Ernährungsminister; er wird immer noch billiger sein, auch wenn er vom Ausland kommt, als diese norddeutsche Marmelade! (Diesem Verlangen kann man sich nur unterschiedslos anschließen. Schriftl.)

Baden.

Pforzheim, 11. April. Gestern früh wurde von einem Streckenwärter auf dem Bahnkörper Dillstein-Brötzingen die Leiche eines etwa 16 Jahre alten jungen Mannes gefunden. Sie lag außerhalb des Tunneleinganges bei Dillstein. Der Körper war mitten durchtrennt. Bei der Leiche wurden keine Ausweispapiere gefunden. Es dürfte sich um einen in der Gegend von Monbach-Neuhausen wohnhaften Arbeiter handeln, da in den Kleidern eine Wochenkarte Monbach-Neuhausen-Pforzheim gefunden wurde. Man nimmt an, daß der Tote vorgestern abend von dem letzten von Pforzheim nach Calw gehenden Zug überfahren wurde.

Kehl, 11. April. Wie wir vor wenigen Tagen berichteten, war kürzlich versucht worden, in einem Kraftwagen Silberbarren im Gewicht von 72 Kilogramm von Kehl nach Frankreich zu verschieben. Hierzu wird noch mitgeteilt, daß an der Schiebung ein lediger Koch von Kehl und ein verheirateter Stadtrat von Straßburg beteiligt gewesen sind. Als sie sich von Fahndern des Landespreisamts Karlsruhe beobachtet sahen, ergriffen sie in ihrem Kraftwagen die Flucht und versteckten die Silberbarren auf einer Wiese bei Auenheim. Den Fahndern gelang es aber, die versteckten Barren ausfindig zu machen und einen der Schieber zu verhaften. Der zweite Schieber, der Straßburger Stadtrat, ist entkommen.

Lörrach, 10. April. Eine für den badischen Arbeitsmarkt interessante Statistik wird vom Kanton Basel-Stadt veröffentlicht. Danach sind vom Oktober bis Januar 1919/1103 Dienstboten neu nach Basel gekommen, unter denen allein 669 Ausländer, zum größten Teil Badener waren.

Vermischtes.

Gammertingen, 12. April. Schon lange war ein Landwirt auf dem Pfisterhof, Gemeinde Inneringen, mit seinem Sohn der Schwarzschlächterei verdächtig. Bei einer unvermuteten Revision fand sich ein Schweinefleischbestand von etwa 7—8 Zentner vor, der beschlagnahmt wurde. Die Strafe wird jedenfalls nicht ausbleiben.

Feine Kerle. Einem Konsortium „Nichtarbeiter", das seit Monaten hier Geschäfte hintenherum betreibt, sind die fröhlichen Ostertiertage zu Essig geworden. Zigarren, Zigaretten, Schuhe, Stiefel, Hosen, Ballen Tuch, Lederwaren, Aerzte-Instrumente usw. wurden zu recht annehmbaren Preisen verkauft, bis vor einigen Tagen eine Kommission von Heuberg in Sigmaringen eintraf und feststellte, daß die Verkaufsartikel vom Lager Heuberg herrühren. Mit Hilfe der Gendarmerie gelang es sehr bald, Klarheit zu schaffen und auch die verkauften Gegenstände teilweise wieder beizubringen. Die Untersuchung wird Licht in diese dunkle Angelegenheit bringen. Seit langer Zeit haben hier junge seelenfeste Kerle sich arbeitsscheu herumgetrieben, unter schweren Lungenzügen eine Zigarette an der anderen angezündet und Tag für Tag in den Cafes Wein und Sekt verzehrt, so daß man sich wiederholt fragen mußte: wo kommt wohl das Geld her zu einem solchen üppigen Leben? Nun wird der Staatsanwalt die Frage beantworten.

Schlafkrankheit. In Homburg in der Pfalz sind eingeschleppt durch farbige französische Truppen, mehrere Fälle von Schlafkrankheit aufgetreten. Von sieben zur Anzeige gelangten Fällen sind bis jetzt zwei tödlich verlaufen. Die Bevölkerung ist empört darüber, daß von der bayrischen Landesbehörde noch nichts gegen die Seuche geschehen und die Kranken nicht einmal abgesondert sind.

Märchen von heute. Zu einer Aachener Bank kam dieser Tage eine ärmlich gekleidete Frau und zeigte ein zerknülltes Papier vor. Ihr Sohn hatte es ihr einmal aus Amerika als Weihnachtsgeschenk gesandt: sie wisse nicht, was es wert sei; doch wollte sie einmal fragen, ob sie etwas dafür bekommen könne. Der Beamte sagte ihr, es sei ein Tausenddollarschein, der 100400 Mark wert sei. Zitternd vor Freude und Schrecken kassierte das Mütterchen das Geld ein und fragte verwundert, was es für die Auskunft schuldig sei.

Kinder in der Fremdenlegion. Ein 15jähriger Fahrtechnikerlehrling wurde am 19. Februar 1920, vormittags ½8 Uhr, von seinem Chef in Offenbach geschäftlich nach Frankfurt a. M. gesandt. Er fuhr, da es noch sehr früh war, nur bis zu dem Lokalbahnhof Sachsenhausen, um sich dann zu Fuß nach dem Schillerplatz zu begeben. Er bog in der Fahrgasse ab in eine Seitenstraße. Dort wurde er von einem gutgekleideten Mann angesprochen, der ihn äußerst höflich bat, ihm beim Hinauftragen von Korbflaschen in ein Haus behilflich sein zu wollen. Nach beendeter Arbeit bot er ihm ein Glas Wein an, den er auch trank. Nach dem Genusse des Weins schwanden ihm für kurze Zeit die Sinne. Als er abends wieder zu sich kam, befand er sich in einem unbekannten Zimmer, wie er später merkte, in einer Mainzer Kaserne. Daselbst mußte er sich unter Androhung von Gefängnisstrafen für eine 5jährige Dienstzeit bei der Fremdenlegion verpflichten. Dabei wurden ihm größere Geldmittel angeboten. Es wurden alle, die einigermaßen tauglich befunden wurden, für die Fremdenlegion angeworben, die anderen kamen in die zerstörten Gebiete als Arbeiter. Am 24. Februar 1920 wurde er nach Saarbrücken mit zirka 400 Leidensgefährten verbracht. Er kam dort auch in eine Kaserne. Der Beschreibung nach war es die ehemalige Ulanenkaserne. Sie wurden dort scharf bewacht. Die Verpflegung war im allgemeinen gut. Sie wurden mit Wein und Zigaretten dauernd in einem Dämmerungszustand gehalten. Am 1. März vormittags 9 Uhr glückte es ihm, als er sich im Hofe befand, über die Kasernenhofmauer zu entfliehen. Er floh zum Bahnhof St. Johann und fuhr, weil er ohne jede Barmittel war, als blinder Passagier im Bremserhäuschen des Packwagens eines Schnellzuges nach Mainz. Dort verbrachte er eine Nacht im Wartesaal. Am 2. März begab er sich zu Fuß von Mainz nach Hause, wo er abends 8 Uhr in einem trostlosen Zustand ankam. — Der französischen Besatzungsbehörde ist von diesem unerhörten Vorgehen der französischen Werber im besetzten Gebiet Mitteilung gemacht worden und man darf hoffen, daß dem Unfug derartiger Werbungen selbst von halben Kindern endlich ein Ende gemacht wird.

Teuere Jagdpachten. Die Preissteigerung, die sich überall bemerkbar macht, tritt auch bei der Neuverpachtung von Jagden in geradezu ungeheuerlicher Weise zutage. Reviere, die früher einige hundert Mark kosteten, werden heute für ebenso viele tausende verpachtet, vielfach an Leute, die nun als Jäger einherstolzieren, ohne von dem edlen Waidwerk eine Ahnung zu haben. Die Deutsche Jägerzeitung klagt über dieses Vordringen der Geldleute; es sei die höchste Zeit, daß etwas dagegen geschehe, weil sonst der ungesunde Zustand einer solchen leichtsinnigen und sinnlosen Preistreiberei und die Vergebung der Pachten an Unbefähigte der ohnehin stark erschütterten Jagd vollends den Garaus machen.

Fahrpreiserhöhung und Verkehrsrückgang. Die Vorausage, daß die am 1. März eingetretene Erhöhung der Eisenbahnpreise um 100 bezw. 75 Prozent einen Rückgang des Verkehrs zur Folge haben werde, hat sich erfüllt. In Norddeutschland ist festgestellt worden, daß die Zahl der verkauften Schnellzugsfahrkarten schon ganz erheblich zurückging und daß überall eine Abwanderung von den höheren in die niederen Wagenklassen stattfinde. Die Abwanderung von der 1. in die 2. Klasse wird auf 50 Prozent, die von der 2. in die 3. Klasse auf 40 Prozent und die von der 3. in die 4. Klasse auf 25 Prozent geschätzt.

Ihr Weizen blüht. Auf der Generalversammlung der Groß-Lichterfelder „Bauvereins" A.-G. in Berlin berichtete ein Mitglied des Aufsichtsrats, daß die günstige Konjunktur weiter anhalte. So sei es z. B. gelungen, einen sehr ungünstigen Geländeblock von 9 Morgen, der bei der Gesellschaft mit 800 M. zu Buch stand, für 100 000 Mark zu verkaufen; für einen anderen Komplex, der mit 2000 Mark zu Buch steht, konnten 55 000 Mark erzielt werden. — Ist das deutsche Volk wirklich dazu da, diesen Herrschaften die Taschen zu füllen? Müßte nicht dafür gesorgt werden, daß dieser Wertzuwachs am deutschen Boden der Allgemeinheit zugeführt wird, durch deren Arbeit er überhaupt erst entstanden ist?

10 000 Prozent Preissteigerung. Es ist ganz unbegreiflich, daß unsere Regierung nicht rücksichtslos gegen die Wucherer und Schieber einschreitet. Es kann doch kaum irgendwelche Verhältnisse geben, die sie daran hindern könnten. Wenn die Regierung nur einigermaßen nach dem Rechten sähe, so würden wir z. B. weder die hohen Fisch-, noch Schuh-, noch Nähfadenpreise haben, ganz abgesehen von allem anderen. Nähfaden ist ganz fabelhaft teuer geworden. Er scheint ganz in den Händen der Schieber verschwunden, die die Preise nun so hoch treiben, daß man bald keinen Hosenknopf mehr annähen kann. Eine Rolle zu 100 Metern kostet jetzt 28 Mark, in Friedenszeiten bestete sie nur 25—30 Pfennig. Ein Paar Schuhnestel stellen sich auf 2 Mark bis 3.50 Mark, 1921 auf 18—20 Pfennig. Das sind nicht mehr 100, sondern 10 000 Prozent Preissteigerung!

Vor einem neuen Krach. Der Zunft der Schieber droht nach den Verlusten in der Maulwurfsbranche und beim Silberaufkauf ein neuer Krach: Diesmal sind die Großaufkäufer von Teppichen die Leidtragenden, die zum Teil bereits Zehntausende von Mark eingebüßt haben, zum Teil mit Warenständen im Wert von Hunderttausenden festsitzen, weil plötzlich nichts mehr gekauft wird. Der Preis für große Stücke ist dabei, wie in Schieberkreisen erzählt wird, über Nacht bis zu 60 Prozent gesunken. Schuld daran trägt die böse Valuta, die auf einmal die ganz unerwartete Neigung bekam, das deutsche Geld steigen und gleichzeitig das französische fallen zu lassen. Tausend großes Wehklagen in den Kreisen derer, denen das größte Elend Deutschlands die besten Gewinnchancen bringt. Die Menschheit ganzer Jammer faßt einen an beim Anblick der kläglichen Mienen dieser Beutejäger, die in traurige Jeremiaden ausbrechen, weil ein erster Hoffnungsschimmer auf eine Besserung der Lage Deutschlands sich zeigt. Hoffen wir, daß die Valuta uns noch oft solche Krache beschert und das ganze Gesindel der Wucherer und Schieber da trifft, wo es ihnen am schmerzlichsten ist, am Geldbeutel.

Der billige unfrankierte Brief. Eine Firma erhielt dieser Tage einen unfrankierten Brief aus der Schweiz, für den sie 40 Pfennig Strafporto erlegen mußte. Die Schweizer Firma hatte dem Brief einen deutschen Markschein beigelegt, mit der Bemerken, daß sie fortan ihre Geschäftspapiere nach Deutschland aus Gründen der Sparsamkeit stets unfrankiert senden und dafür jeweils eine deutsche Mark einlegen werde. Da nämlich in der Schweiz die deutsche Mark für 7—8 Centimes zu haben sei, die Frankatur eines Briefes aber 25 Centimes betrage, [illegible]

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill.

4 (Nachdruck verboten.)

Der junge Mensch brachte es fertig, ein wenig zu lächeln.

„Das ist ein schwerwiegender Befehl, mein gnädigster Herr! Eigentlich können Sie nicht von mir verlangen, daß ich mich auf diese Art vollständig preisgebe. Denn es bedeutet doch im Grunde nichts anderes, als daß ich mir damit selber meinen Verhaftsbefehl ausstelle."

„Davon ist nicht die Rede," lautete die kurze Erwiderung. „Ich verspreche Ihnen ausdrücklich, daß ich Sie nicht verhaften lassen werde. Sobald diese Unterredung zu Ende ist, gleichviel, welchen Ausgang sie nehmen und zu welchen Resultaten sie führen möge, so werde ich Ihnen gestatten, das Schloß unbehelligt zu verlassen. Da — um Ihnen die Zuverlässigkeit meines Versprechens zu beweisen, stecke ich die Pistole in die Tasche."

Das war eine Zusage, deren Unverbrüchlichkeit wohl nicht zu bezweifeln war, wenn sie aus diesem Munde kam. Der jugendliche Einbrecher atmete auf, und stärker als vorher regte sich in ihm die Hoffnung, daß die seltsame Idee des Grafen vielleicht noch mehr wert sein könnte als nur einen Freibrief auf Straflosigkeit. Davon, daß es sich nur um einen schwer verständlichen Irrtum handeln könne, war er nach wie vor fest überzeugt; aber es wäre gegen alle seine Lebensprinzipien gewesen, wenn er nicht wenigstens einen Versuch gemacht hätte, aus der günstigen Konjunktur Kapital zu schlagen.

Aufrichtigkeit und Wahrhaftigkeit gehörten gewiß nicht zu seinen hervorstechendsten Tugenden; aber eine kurze Ueberlegung brachte ihn zu dem Schluß, daß sie in diesem besonderen Fall vielleicht die zweckmäßigste Taktik darstellten, um so mehr, als er einer Lüge bald genug überführt werden konnte, solange er dem Manne, der da vor ihm stand, gewissermaßen auf Gnade oder Ungnade überliefert war.

„Ich bin Ihnen für das großmütige Versprechen sehr verbunden, Herr Graf," erklärte er, mit beneidenswerter Impertinenz einen leichten Konversationston anschlagend. „Und unter solchen Umständen habe ich keine Veranlassung mehr zu verschweigen, daß ich Rolf Brandenfels heiße. Der sehr ehrenwerte Herr, den ich seit den Tagen der frühesten Kindheit als meinen leiblichen Vater anzusehen gewöhnt bin, ist der Major außer Dienst Robert Brandenfels, und er hat seinen Wohnsitz in der nahen Hauptstadt, Platanen-Allee 113."

Der Graf, der ihm mit gespannter Aufmerksamkeit zugehört hatte, schüttelte mit einer Miene der Enttäuschung den Kopf.

„Der Name sagt mir ebensowenig wie die angegebene Adresse. Ich kenne keinen Brandenfels. Aber das ist schließlich nicht von besonderer Bedeutung. Ich bin nichtsdestoweniger überzeugt, daß Sie mein Sohn aus erster Ehe und demzufolge auch der dereinstige rechtmäßige Erbe des Majorats Donnersberg sind."

Rolf Brandenfels starrte ihn erst eine Weile sprachlos an; dann lachte er laut auf.

„Ich bitte um Verzeihung. Aber ich finde dies sehr komisch, und ich bewundere die Stärke Ihrer Nerven, Herr Graf. Wenn ich wirklich die Ehre habe, Ihr Sohn zu sein, so kann ich mir recht gut vorstellen, wie niederschmetternd es für Sie sein muß, daß das unverhoffte Wiedersehen unter so besonders gearteten Umständen stattfindet."

„Ob es für mich niederschmetternd ist oder nicht, können wir füglich unerörtert lassen," klang es ruhig zurück. „Nehmen Sie meinetwegen an, daß ich alles, was ich jetzt erlebe, als die verdiente Strafe betrachte für ein vor langer Zeit begangenes schweres Unrecht. Hätte ich mich dieses Unrechts nicht schuldig gemacht, so wären Sie wahrscheinlich niemals dahin gelangt, wo Sie sich jetzt befinden. Und es bleibt mir wohl nichts anderes übrig, als nach besten Kräften wieder gutzumachen, was noch gutzumachen ist. — Aeußerlich und formell, meine ich — denn daß ich vorläufig noch nichts von väterlicher Zärtlichkeit für Sie empfinden kann, brauche ich wohl nicht erst ausdrücklich zu versichern."

„Wahrhaftig, es wäre zu viel verlangt," sagte der junge Mann in seinem vorigen zynischen Ton. Dann aber atmete er doch tief auf und ließ seine Augen mit einem seltsamen Ausdruck umherwandern. Irgend etwas mußte ja doch hinter alledem sein. Der Graf war das Opfer einer Täuschung, das war unbedingt sicher; aber es war eine Täuschung, in der man ihn erhalten mußte, solange es nur immer möglich war. Und Rolf Brandenfels offenbarte plötzlich eine diplomatische Geschicklichkeit, die man ihm nach seinem bisherigen Benehmen kaum hätte zutrauen sollen.

„Ja, es wäre zu viel verlangt," wiederholte er mit verändertem Ausdruck, zumal ich eine solche Zärtlichkeit ja auch beim besten Willen nicht erwidern könnte."

„Ich muß Ihnen nämlich erklären, daß mein Vater — mein wirklicher Vater, wie ich einstweilen noch annehme — einer der besten und ehrenwertesten Menschen unter der Sonne ist. Er hat mich nach den Grundsätzen der Tugend und Rechtschaffenheit erzogen, und er würde mir das Genick brechen, wenn er jemals erführe, was ich in dieser Nacht zu tun beabsichtigte. Ihm gehören darum einstweilen noch alle meine kindlichen Gefühle. Wenn es einzig dies Muttermal gewesen ist, das Sie auf Ihre überraschende Vermutung gebracht hat, so ist es doch vielleicht zweckmäßig, daß Sie es erst etwas genauer in Augenschein nehmen, um vor einem unangenehmen Irrtum bewahrt zu bleiben. Sie laufen ja keine Gefahr dabei, Herr Graf! Denn meine Pistole haben Sie in der Tasche. Und die Chancen eines Ringkampfes zwischen uns beiden wären zu ungewiß, als daß ich mich auf das Wagnis einlassen möchte."

Graf Bredow-Donnersberg sah sich in der Tat veranlaßt, dieser freundlichen Aufforderung Folge zu leisten. Er trat näher und musterte das Kennzeichen, das die Natur dem anderen wie ein Stigma aufgedrückt hatte, mit größter Aufmerksamkeit. Es war von dunkelroter Farbe und hatte ungefähr die Gestalt eines Pfeiles mit abwärts gegen das Auge hin gerichteter Spitze. Dieser Pfeil aber war nicht gerade, sondern ein wenig nach oben gekrümmt.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

kommt man, wenn man nicht frankiere, und den Briefen 1 Mark beilege, nicht nur billiger weg, sondern könnte an jedem auf solche Art noch 15 Centimes verdienen.

Amerikanische Hilfe für deutsche Kinder. Die Ipu meldet aus Newyork: Die Sammlungen des American Relief Committee für deutsche Kinder haben die Summe von 300 000 Dollar überstiegen. Der frühere Lebensmittelkontrolleur Hoover hält die Ausbreitung der Organisation für notwendig, da die Not unter den deutschen Kindern sich in den letzten Wochen vergrößert habe. (300 000 Dollars sind bei dem heutigen Stand der deutschen Valuta 16 800 000 Mark.)

Schwere Explosionskatastrophen.

Königsberg i. Pr., 11. April. Gestern vormittag fand im Lager der Gesellschaft für Heeresgut, nördlich von Rotenstein, eine große Explosion statt. Als Ursache kommt wahrscheinlich Selbstentzündung beim Verlegen der Wurfminen in Frage. Die Umgebung wurde sofort abgesperrt. Die Zahl der Opfer ist noch nicht zu übersehen. Weitere Explosionen haben sich in Rotenstein nicht ereignet, doch ist die Gefahr noch nicht völlig beseitigt. Ueber die Zahl der Opfer lassen sich genaue Angaben noch nicht machen, zumal da es noch nicht möglich ist, an den Explosionsherd heranzukommen. Die einzelnen Krankenanstalten in der Stadt verzeichneten am Samstag über 200 Verletzte, von denen 11 gestorben sind. Im Leichenschauhaus liegen acht Tote. Eine Bergung der noch an der Unglücksstätte liegenden Toten war bisher nicht möglich. Die Gesamtzahl der Todesopfer dürfte von hundert nicht weit entfernt sein. Viele Körper sind vollkommen verbrannt. Die Zeitungen erlassen Aufrufe zu Geldspenden für die Verunglückten und ihre Hinterbliebenen.

Königsberg, 12. April. Die Zahl der bei dem Munitions-Explosions-Unglück in Rotenstein ums Leben gekommenen Personen erhöht sich auf über 15, die der Verletzten auf mehrere hundert.

Neueste Nachrichten.

Kempten i. A., 12. April. Hier wurde eine regelrechte Schieberbörse aufgedeckt. Das Publikum nahm unverständlicher Weise Partei für die Schieber und gegen die Polizei.

Köln, 12. April. Unter außerordentlichem Andrang sprach gestern Dr. Freiherr v. Lersner über Versailles und Paris. Er bezeichnet den Versailler Vertrag als den inneren Grund allen Elends, aller Unruhen, allen Blutvergießens, aller Ausbrüche des Bolschewismus und stellte unter starkem Beifall fest, daß die Reichstreue der Rhein- und Saarlande über jeden Zweifel erhaben sei. Frankreich habe den Versailler Vertrag gebrochen und den Frieden Europas gestört. Wenn ganz Deutschland einig und unentwegt die Vernichtung des Vernichtungsfriedens von Versailles fordere, dann werde an dieser Einigkeit ebenso wie das Auslieferungsverfahren der Versailler Vertrag zerschellen.

Dortmund, 12. April. Die Schäden, die hier der Stadtgemeinde als solcher und der Einwohnerschaft durch die bekannten Ereignisse seit dem 17. März verursacht worden sind, werden auf ungefähr 4 Millionen Mark geschätzt.

Bochum, 12. April. Der geschäftsführende Ausschuß des Zentralrats für Rheinland und Westfalen stellt fest, daß die Pressemeldung, nach der der Essener Zentralrat zwei Delegierte zur Ententekommission nach Köln entsandt habe, um dort den Einmarsch von Ententetruppen ins Ruhrgebiet zu fordern, falsch ist. Eine derartige Delegation hat nicht stattgefunden. Mit der Entente ist wegen eines Truppeneinmarsches niemals Verbindung aufgenommen worden. — Hier sind von 5000 Gewehren noch nicht ganz 2000 abgeliefert worden. In Essen ist der Stand noch ungünstiger. Dort sind von 8000 Gewehren bis jetzt nur 1000 abgegeben worden. Auch in Oberhausen hat die Aufforderung zur Waffenablieferung nur wenig Erfolg gehabt.

Bochum, 12. April. Gestern hat auf Zeche Bruchstraße bei Langendreer eine Explosion stattgefunden. Der Schießmeister, dessen Schacht diese veranlaßt hatte, wurde schwer verwundet vor seiner Zündmaschine auf dem Kopf stehend aufgefunden. Man zählt 14 Tote, 7 Schwerverletzte, von denen 1 bereits gestorben ist und die übrigen in Lebensgefahr sind, sowie 19 leichter Verletzte.

Berlin, 12. April. Die in den ersten Tagen des Kapp-Putsches aus dem Ruhrrevier abgedrängten und von den Engländern entwaffneten 1000 Mann Reichswehrtruppen unter dem Befehl des Generals v. Gillhausen, sind gestern von den Engländern freigegeben worden und befinden sich auf dem Abtransport.

Berlin, 12. April. In der Nationalversammlung hat der Reichskanzler gegen den Rechtsbruch Frankreichs nachdrücklich Einspruch erhoben und baldige Beendigung der Besetzung des Mainganes in Aussicht gestellt.

Berlin, 13. April. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung erwartet man besonders von den beiden Rechtsparteien längere Darlegungen über die auswärtige Lage, wie sie durch das Vorgehen der Franzosen sich entwickelt hat. Die drei Mehrheitsparteien werden voraussichtlich in einer gemeinsamen Erklärung der Reichsregierung das Vertrauen aussprechen und von besonderen langen Ausführungen absehen.

Berlin, 13. April. Der Verfassungsausschuß der Deutschen Nationalversammlung begann gestern die Beratung des Entwurfs eines Reichswahlgesetzes. Reichsminister Koch erklärte, besonders schwierig werde die Wahlkreisfrage sein. Es sei die Frage, ob man auf die Neueinrichtung der „elastischen Wahlkreise" wegen der Kürze der Zeit und der dabei notwendigen Umorganisation der Parteien eingehen könne. Wahrscheinlich werde man die Kreise von der letzten Wahl im wesentlichen beibehalten. Die Neuerung der Einführung des automatischen Systems (je 60 000 Stimmen ergeben einen Abgeordneten) sei hingegen leicht durchzuführen.

Berlin, 12. April. Den Abendblättern zufolge hat bis zur allgemeinen Einführung der politischen Kommissare, die künftig den militärischen Befehlshabern zur Seite gestellt werden sollen, der Reichswehrminister angeordnet, daß Zeitungsverbote und Zeitungseinschränkungen in jedem Fall ihm selbst vorzulegen sind.

Berlin, 12. April. Der deutsche Bevollmächtigte in Oberschlesien, Fürst Hatzfeldt, hat gegen die Maßnahme der interalliierten Kommission betreffend Suspendierung aller Abgeordnetenmandate der in Oberschlesien domizilierten Personen, evtl. Verhinderung der Wiedereinreise oberschlesischer Abgeordneter, die trotzdem an den Tagungen der Nationalversammlung, der preußischen Landesversammlung oder des Provinziallandtags teilnehmen, sowie gegen die Erklärung, daß die oberschlesische Bevölkerung an der Wahl des Reichspräsidenten und an den Reichstagswahlen nicht teilnehmen könne, bei General Lerrond energischen Einspruch erhoben unter dem Hinweis, daß Oberschlesien, solange nicht etwa auf Grund der Abstimmung seine rechtliche Lösung vom Deutschen Reiche erfolgt sei, ein Teil des Deutschen Reiches bleibe. Eine Protestnote der Reichsregierung ist zur Kenntnis der interalliierten Kommission in Oppeln und des Obersten Rats in Paris gebracht worden.

Beuthen i. O., 12. April. Anläßlich der Ausweisung des Ersten Staatanwalts streiken die hiesigen Richter seit heute. Alle Termine wurden aufgehoben. Ebenso streiken alle mittleren und unteren Justizbeamten des Land- und des Amtsgerichts Beuthen. Nach der „Oberschlesischen Zeitung" trat man mit den oberschlesischen Gerichten in Fühlung, um einen allgemeinen Streik der Justizbeamten des ganzen Abstimmungsgebiets herbeizuführen.

Gleiwitz, 13. April. Die oberschlesischen Angestelltenverbände beschlossen, wie der „Oberschlesischer Wanderer" in Gleiwitz meldet, nachdem der Arbeitgeberverband der Schwerindustrie den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses abgelehnt hat, am 15. April den Generalstreik zu erklären, falls der Schiedsspruch bis dahin nicht in Kraft getreten sei. Durch diesen Beschluß droht die Stillegung von Großindustrie und Handel in Oberschlesien.

Königsberg, 13. April. Im Leichenschauhaus waren bis gestern Mittag 74 Tote eingeliefert. 20 weitere Tote sind an der Unglücksstelle in Rothenstein bereits geborgen. Man befürchtet, daß noch eine ganze Reihe von Verwundeten aufgefunden werden wird. Gestern Abend bezifferte sich die Zahl der geborgenen Leichen auf etwa 130. Die Bergungsarbeiten werden heute fortgesetzt.

Brüssel, 12. April. Die Havasmeldung, wonach die belgische Regierung die französische Auffassung über die Notwendigkeit der Besetzung der rechten Rheinseite teilt, entspricht nicht den Tatsachen. Das belgische Kabinett hat im Gegenteil beschlossen, sich jeder Aeußerung über diese Angelegenheit zu enthalten.

Paris, 12. April. Der Sonderberichterstatter des Matin in Mainz bestätigt, daß die 11. Division in Nancy die schwarzen Truppen in Frankfurt am Main ablösen werde.

Amsterdam, 13. April. Den Blättern zufolge meldet „Eastern Service" aus Tokio, daß die japanische Regierung an die vorläufige Regierung von Wladiwostok eine Note gerichtet habe, in der sie drohe, selbst die Ordnung in Ostsibirien herzustellen, wenn nicht bald geordnete Verhältnisse einträten.

London, 13. April. Nach einem Privattelegramm des „Temps" von gestern Nachmittag glaubt man auch in englischen Kreisen, daß der Zwischenfall wegen der Besetzung deutscher Städte durch Frankreich und der dadurch hervorgerufene Notenaustausch zwischen England und Frankreich als beigelegt gelten kann. Man hoffe, daß die Krise, wenn es überhaupt eine Krise war, ihr Ende erreicht hat. Es ist wahrscheinlich, daß die französische Regierung, um nicht den Anschein zu erwecken, als wolle sie sich über die Beschlüsse ihrer Alliierten hinwegsetzen, sich bemühen wird, die Dauer der Besetzung von Städten zu beschränken und daß sie sich geneigt zeigen wird, ihre Truppen zurückzuziehen, sobald die Lage im Ruhrgebiet wieder normal sein wird.

Jerusalem, 12. April. Der Belagerungszustand ist verhängt worden. Bei den jüngsten Zusammenstößen wurden 12 Juden und 4 Mohammedaner getötet, 5 Juden, 22 Mohammedaner und 2 Christen verwundet.

Newyork, 13. April. Wilson soll nach wie vor beabsichtigen, die Entschließung, in der der Kriegszustand mit Deutschland für beendet erklärt wird, unbeachtet zu lassen.

Washington, 12. April. Präsident Wilson hat den Regierungen Englands und Italiens telegraphisch mitgeteilt, daß die Vereinigten Staaten es für erforderlich hielten, einen gemeinsamen Schritt bei der französischen Regierung zu unternehmen um diese von ihrer Politik in der Besetzungsfrage abzubringen. Wilson hält die Ruhe Europas für gestört und erhofft von England und Italien energische Unterstützung, damit keine weiteren Verwicklungen durch das französische Vorgehen verursacht werden. Beim Gesandtenrat hat Wilson beantragt, die Ursachen zu untersuchen, auf welche Frankreich die Notwendigkeit der Besetzung zurückführt.

Die neuen Nachtragsforderungen zum Staatshaushalt.

Stuttgart, 12. April. Ein 15. Nachtrag zum Finanzgesetz für das Rechnungsjahr 1919 fordert weitere 20 400 000 Mark an, die aus Mitteln der Restverwaltung und durch Staatsanlehen gedeckt werden sollen. Im einzelnen werden zur Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen an Gemeinden und andere öffentliche Körperschaften zu Notstandsarbeiten 8 Millionen Mark verlangt. Ueberteuerungszuschüsse wurden bis Anfang Februar ds. Js. 1116 verwilligt. Der Reichszuschuß hiefür beträgt 24 980 000 Mark, der Staatszuschuß 16 650 000 Mark. 74 Anträge auf Gewährung von Ueberteuerungszuschüssen sind noch nicht erledigt. Hiefür sollen die 8 Millionen Mark der Nachtragsforderung Mittel schaffen. Ferner werden angefordert zur Leistung des Anteils des Staates an dem Aufwand für Erwerbslosenfürsorge 10 Millionen Mark. Der ursprünglich angenommene Monatsbedarf für durchschnittlich 13 000 Erwerbslose mit 800 000 Mark hat sich zu nieder erwiesen. Der Monatsbedarf beträgt rund 1 Million Mark. Für 1919 werden deshalb einschließlich ¼ Million Mark für Gewährung von Winterbeihilfen 5¾ Millionen, für 1. April bis 30. Juni 3 Millionen und für Zwecke der produktiven Erwerbslosenfürsorge 1½ Millionen Mark verlangt. Zur Verwendung für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege, sowie zur Auslandsdeutschen- und Flüchtlingsfürsorge sind 2,4 Millionen Mark nötig. Die Gemeinden und Amtskörperschaften haben Ersatz für ihre Aufwendungen, die im letzten Halbjahr monatlich etwa 338 000 Mark betragen, zu beanspruchen. Außerdem sind 300 000 Mark an Unterstützungsgeldern für Auslandsflüchtlinge und Schweizer Wehrleute ausbezahlt worden.

Ein unangenehmer Fall.

Mülheim a. R., 13. April. Einem Privattelegramm zufolge soll der vom Kriegsgericht in Wesel zum Tode verurteilte Demott, der angeblich amerikanischer Staatsangehöriger sein soll, im Gefängnis, in dem er untergebracht war, bei einem Fluchtversuch von einem Wachtposten erschossen worden sein.

Berlin, 13. April. Sofort nach Eintreffen der Nachricht, daß der vom Kriegsgericht in Wesel zum Tode verurteilte Demott im Gefängnis bei einem Fluchtversuch erschossen worden sein soll, hat das Auswärtige Amt bei den zuständigen Stellen eine umgehende Untersuchung des Vorfalls und Nachprüfung des ihm vorangegangenen Urteils beantragt.

Aus dem Reich des Diktators Hölz.

Plauen i. V., 12. April. Hölz hat von den Klingenthaler Fabrikanten eine Million Mark zur Bildung der Roten Garde verlangt, die bis heute Abend 6 Uhr in seinem Besitz sein soll. Da die Klingenthaler Filiale der Vogtländischen Bank die ganze Summe nicht vorrätig hatte, sollten zwei Bankbeamte 600 000 Mark von der Vogtländischen Bank in Plauen abholen. Die beiden Beamten trafen heute Nachmittag in einem Hölz'schen Automobil hier ein. Als sie auf der Bank die Summe abheben wollten, wurden die beiden Beamten und der Chauffeur von der Plauener Polizei verhaftet.

Plauen i. V., 13. April. In Klingenthal wurden gestern Abend große Versammlungen abgehalten, in denen gegen die Verhaftung des Hölz'schen Automobilführers protestiert und gedroht wurde, daß genau so verfahren werden solle, wie an anderen Orts, z. B. in Falkenstein. Unter dem Druck dieser Drohung ist die von Hölz verlangte Summe von einer Million Mark nach Klingenthal abgeschickt worden.

In Aborf und Bad Elster sind auf Verlangen des roten Vollzugsausschusses von den ansässigen Fabrikanten 150 000 Mark zur Bildung einer Roten Garde bezahlt worden. Der Vollzugsausschuß hat von den Fabrikanten die wöchentliche Zahlung von 60 000 Mark verlangt, die für den Ordnungsdienst der Roten Garde bestimmt sein sollen.

Klingenthal, 12. April. Hölz, der gestern früh mit 200 Rotgardisten hier ankam, verhandelte vormittags mit dem Bürgermeister und dem tschecho-slowakischen Grenzkommando über seinen Uebertritt nach der Tschecho-Slowakei. Die Verhandlungen zerschlugen sich jedoch.

Leipzig, 12. April. Wie das Leipziger Tageblatt an zuständiger Stelle erfährt, sind einzelne Truppenteile am gestrigen Sonntag nach dem Vogtland in Marsch gesetzt worden.

Stimmen zur Rede des Reichskanzlers.

Aus der Rede des Reichskanzlers über Frankreichs Gewaltpolitik hebt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" besonders hervor, daß der Friedensvertrag unmöglich den Zweck haben könne, einer Wiederherstellung geordneter Zustände in der neutralen Zone im Wege zu stehen. Der Schlag des französischen Militarismus gegen den Gedanken des Völkerbunds könne die Treue der Gesinnung, mit der das deutsche Volk an diesem Gedanken festhalten, nicht erschüttern.

Der „Vorwärts" sagt, der Kanzler habe noch einmal das Material über den dreifachen Putsch, den Deutschland in den letzten Wochen über sich ergehen lassen mußte, den Kappisten-, Kommunisten- und Franzosenputsch klar zusammengefaßt und die Gedanken durchleuchtet. Er habe das in einer Weise getan, die bei den Mehrheitsparteien, besonders auch bei den sozialdemokratischen Fraktionen, volle Anerkennung fand.

Das „Berliner Tageblatt" meint, das ganze deutsche Volk stehe in der Frage der französischen Einbruchspolitik geschlossen hinter der Reichsregierung.

Oberamt Neuenbürg.

Die Gemeindebehörden

werden auf den Erlaß des Ministeriums des Innern vom 7. ds. Mts., betreffend Vorarbeiten für die bevorstehenden Reichstagswahlen (Staatsanz. Nr. 81) hingewiesen. Wegen der Anlegung der Wählerlisten und Abgrenzung der Abstimmungsbezirke wird den Gemeindebehörden heute noch besonderer Erlaß zugehen.

Den 12. April 1920. Bullinger.

In **Föhlingen** Bez.-A. Durlach, ist die

Maul- u. Klauenseuche ausgebrochen.

Neuenbürg, 10. April 1920. **Oberamt.**

Geschäftsstelle des Kommunalverbands Neuenbürg.

Betreff: Fettversorgung.

Infolge starken Auftretens der Maul- und Klauenseuche und Futtermangels ist die Buttererzeugung in letzter Zeit erheblich zurückgegangen; die Buttermarke für die Woche vom 12. bis 19. April kann daher nicht eingelöst werden und wird für ungültig erklärt. Als Ersatz dafür steht Margarine zur Verfügung.

Neuenbürg, den 12. April 1920. **Oberamtspfleger:** Kübler.

Bin unter Nr. 14

an das **Telefonnetz Ellmendingen** angeschlossen.

Wilhelm Seufer zur Neumühle.

Neuenbürg.

Einführung des passiven Scheckverkehrs (Barscheck) bei der Girokasse der Oberamtssparkasse.

Zur weiteren Förderung der bargeldlosen Zahlungsweise hat die Oberamtssparkasse bei ihrer Girokasse neben dem Ueberweisungsverkehr den **Scheckverkehr** eingeführt dergestalt, daß über das Giroguthaben sowohl durch Giroanweisung als durch Scheck verfügt werden kann. Auf diesen Scheckverkehr finden im allgemeinen die Bestimmungen des Scheckgesetzes Anwendung; sie können an unserem Schalter eingesehen werden und stehen jedermann kostenlos zur Verfügung.

Diese Neuerung bildet eine willkommene Vermehrung der Zahlungsmöglichkeiten im Giroverkehr, wie der gesamte Ueberweisungs- und Scheckverkehr gegenüber der noch nicht abgeschlossenen Steigerung der Portokosten eine erhebliche Verbilligung des Geldverkehrs überhaupt bedeutet.

Der Anschluß an unsere Girokasse und damit an das über das ganze deutsche Reich sich erstreckende Gironetz der öffentlichen Sparkassen sei daher allen öffentlichen Verwaltungen, Firmen, Geschäftsleuten und Privaten, sowie allen denen empfohlen, welche einen regen Geldverkehr haben, insbesondere auch den Herren Beamten, die sich die vierteljährliche Gehaltsvorauszahlung zu nutze machen wollen.

Zu näherer Auskunfterteilung sind wir gerne bereit.

Oberamtssparkasse: Holzapfel.

Formulare liefert rasch und billig die **C. Meeh'sche Buchdruckerei.**

Calmbach, Oberamt Neuenbürg.

Nutzholz-Verkauf.

Die Gemeinde bringt am

Mittwoch, den 21. April d. Js., nachm. 2 Uhr,

im mündlichen Aufstreich an Ort und Stelle in der Wildbaderstraße zum Verkauf:

46 Stück Ahorn, Linden und Kastanien 1. bis 6. Klasse mit zus. 12.60 Fm.,
3 Stück Nummethölzer,
1 Rm. gemischtes Nutzholz.

Zusammenkunft nachm. ¾2 Uhr beim Gasthaus z. Bahnhof. Kaufliebhaber werden hiezu eingeladen.

Calmbach, den 12. April 1920. **Schultheißenamt:** Hoernle.

Wassersteingarnituren in Zement und Terrazzo,
Wand- und Bodenplatten,
Steinzeug- und Zementröhren,
Dachpappe, Teerkordeln,
Ia. Rohrmatten

empfiehlt

Alfred Pfeiffer, Baumaterialien-Handlung,
Calw :: :: Telefon 146.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

An sämtliche Schultheißenämter des Oberamtsbezirkes Neuenbürg.

Die Schultheißenämter werden veranlaßt, ihre Gemeindeangehörigen durch eine **öffentliche Bekanntmachung** auf nachbezeichnete gesetzliche Bestimmungen in Kürze zu verweisen:

1. **zur Verhütung von Waldbränden** auf die Bestimmungen der §§ 308, 309 und 368 Ziff. 6 des Reichsstrafgesetzbuches, sowie die Artikel 30 und 32 des Forstpolizeigesetzes;

2. **zum Schutz seltenerer Waldpflanzen,** insbesondere der **Stechpalme,** gegen das unachtsame oder gewerbsmäßige Abpflücken von Reisern auf die Bestimmungen des Art. 22 Ziff. 2 des Forstpolizeigesetzes, sowie der Art. 6 Ziff. 4 und Art. 16 des Forststrafgesetzes.

Ebenso werden die Schultheißenämter ersucht, sowohl zur Verhütung von Waldbränden, als im Interesse wirksamen Schutzes seltenerer Waldpflanzen, insbesondere der Stechpalme, für entsprechende **Belehrung und Ermahnung der Schuljugend** Sorge zu tragen.

Neuenbürg, den 12. April 1920.

Namens der beteiligten Forstämter Calmbach, Enzklösterle, Herrenalb, Langenbrand, Liebenzell, Meistern, Neuenbürg und Wildbad:

Forstamt: v. Gaisberg.

Gemeinde Schwann.

Die Gemeinde verkauft aus dem Gemeindewald am

Dienstag, 20. April d. Js., vorm. 9 Uhr am Rathaus

121 Stück eich. Langholz 3 bis 6. Klasse,
24 Stück „ Derbstangen 1. bis 3. Kl.,
1 Aspe 6. Kl.

Die Mitglieder

der Deutsch-Demokratischen Partei

des Bezirks Neuenbürg

werden zu einer **Besprechung** auf

Mittwoch, 14. April, nachm. 2 Uhr,

im Gasthaus zum „Bären", Neuenbürg

eingeladen.

Ortsgruppe Neuenbürg.

Oeffentlicher Vortrag

am Donnerstag, 15. April, abends ½8 Uhr,

im Gasthaus zum „Schiff"

für kaufmännische Angestellte aller Fachgruppen über:

„Die Angestellten und die Tarifbewegung"

durch unseren 2. Gauvorsteher Herrn **Hayd-Stuttgart.**

Alle Berufskollegen, auch Nichtmitglieder und Freunde unserer Sache ladet ein

D. H. V.

Ortsgruppe Neuenbürg.

Neuenbürg.

Kaufe altes Eisen, sowie Metalle

jeder Art und Menge, **Lumpen und Felle** zu den höchsten Preisen.

Wilh. Wentsch oberer Sägerweg.

---

1 Goldschmiedslehrling

auf bessere Gold-Waren und

1 Polisseusen-Lehrmädchen

werden angenommen.

Franz Schönauer, Pforzheim Weiherstr 21.

Was ist der Frau erlaubt wenn sie liebt? Ein gutes Buch von Käthe Sturmfels, gleich nützlich zu lesen für Jungfrau und Jüngling, Weib oder Mann. Bereits 40000 Bücher verkauft. Preis M 2,70 portofrei gegen Voreinsendung oder auch Nachn. durch Kosmos-Versand, Heuerbach (Württ.)

Herrenalb.

Versteigerung von Nutzholz.

Etwa 2 **cbm,** geschnitten in verschied. Stärken von 15—50 mm, als **Möbelholz** geeignet (15 Jahre alt) verkauft am

Montag, den 19. April 1920, vormittags 10 Uhr,

Stadtbaumeister **Schnaitmann.**

Zusammenkunft beim Stadtbauamt.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Butter-Verkauf.

Am Mittwoch, den 14. April 8 Uhr vorm. an Nr. 86—175, ½9 U. vorm. an Nr. 176—265, 9 Uhr vorm. an Nr. 266—355, ½10 Uhr vorm. an Nr. 356 bis etwa Nr. 455.

Die Nährmittelzulagen für Kinder bis zu 1 Jahr und für Wöcherinnen werden am gleichen Tage nachm. von 2—4 Uhr im Lokal der Mütterberatungsstelle abgegeben. Kinder mit den Anfangsbuchstaben N.—Z. (der Geschlechtsnamen) sind mitzubringen.

Die Sprechstunden bei der Lebensmittelstelle sind bis auf weiteres:

vorm. von 11—12 Uhr,
nachm. von ½5—½6 Uhr.

Städt. Lebensmittelstelle:
J. A.: Klink.

Neuenbürg.
Suche jüngeren

Schlosser.

Friedrich Waldbauer.

Neuenbürg.
4—5 tüchtige

Maurer

finden sofort Beschäftigung.
Baugeschäft und Baumaterialienhandlung
Bauwerkmeister **Geiger,**
Gipsermeister **Bacher.**

Höfen a. d. Enz.

Schreiner-Lehrlings-Gesuch.

Einen ordentlichen Jungen nimmt in die Lehre.

Georg Rohrer,
Schreinermeister.

---

5 Stück **Fournierböcke** hat zu verkaufen.

Der Obige.

10—20 Zentner gutes

Heu

zu **kaufen gesucht.**

Offerten mit Preis an die Enztälergeschäftsstelle.

Neusatz Post Herrenalb.

Zu verkaufen ein fast noch neuer zerlegbarer

Bienenstand

und einige **Bienenkästen** (badisches Normalmaß).

Karl Dürr, Maurer.

Calmbach.
Ein Paar guterhaltene

Klößer-Stiefel

preiswert zu verkaufen

Franz Seyfried
b. der Sonne.

Dobel.
Ein älteres

Tafel-Klavier

hat preiswert zu verkaufen

Ruff, Metzger.

Conweiler.
Ein bereits noch neues mit neuem Gummi bereiftes

Fahrrad

hat zu verkaufen

L. Fauth.

Bettnässen

Befreiung sofort. Alter und Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. **Wiltberger & Co.,** Stuttgart A. 102.

Maisenbach-Igelsloch.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am

Samstag, den 17. April 1920

stattfindenden

Hochzeits-Feier

in unserem elterlichen Hause

im Gasthaus zum „Rößle" in Igelsloch

freundlichst einzuladen mit der Bitte, dies als persönliche Einladung entgegennehmen zu wollen.

Jakob Lörcher,
Sohn des J. M. Lörcher, Landwirts in Maisenbach.

Marie Schwämmle,
Tochter des Johann Georg Schwämmle, Rößlewirts in Igelsloch.

Kirchgang 12 Uhr in Igelsloch.

Herrenalb.

Ordentl. Mädchen,

das kochen kann, zum 1. Mai gesucht.

Apotheker **Landshut,**
Villa Carolina.

Pforzheim.
Ehrliches, fleißiges

Dienstmädchen

auf sofort oder 1. Mai gesucht.

Franz Schönauer,
Weiherstr. 21.

Tüchtiges, gewandtes

Zimmermädchen,

das nähen, bügeln und servieren kann, in gute, dauernde Stellung für 1. od. 15. Mai gesucht.

Frau **Robert Katz, Pforzheim,** Kaiser Wilhelmstraße 4.

Mädchen,

gesundes, ehrliches, dem Gelegenheit geboten ist, das Kochen zu erlernen, auf 1. Mai oder früher gesucht.

Frau **Rudolf Wirsing,**
Pforzheim, Weiherstraße 3.

Mädchen-Gesuch.

Ein in allen vorkommenden Hausarbeiten erfahrenes Mädchen oder Kriegerwitwe findet Vertrauensstellung; desgleichen wird ein **Küchen-Mädchen** per 1. Mai gesucht von

Frau **Maria Kohler,**
Kurhaus Talmühle
O/A. Calw.

Pforzheim.
Suche zum sofortigen Eintritt ein

Mädchen

zur Mithilfe im Haushalt und nachm. zum servieren.

Frau Bohnenberger,
z. „Kurfürsten", Güterstr. 46.

Tüchtiges

Mädchen,

dem Gelegenheit geboten ist, das Kochen zu erlernen, sofort oder auf 1. Mai gesucht.

Frau **Hermann Laib,**
Pforzheim, Oestliche 37.

100—200 Zentner

Hafer

hat an Pferdebesitzer abzugeben.

Julius Mohr, Ulm a. D.,
Handelsverk. v. 21. 12. 18.

Als Verlobte empfehlen sich

Betty Jungnickel
Martin Federmann

Sibbenichen *Moosbronn*

April 1920.

Neusatz, den 11. April 1920.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, anläßlich des raschen Hinscheidens meiner lieben Gattin, unserer treubesorgten Mutter, Großmutter und Schwägerin

Emma Greul,

für das letzte Geleite und die vielen Kranzspenden, sagen wir herzlichen Dank.

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:
Familie **Johann Greul,** Neusatz.

Bringe mein äußerst leistungsfähiges und weithin bekanntes

Photogr. Atelier

in empfehlende Erinnerung. **Atelier Sonn- und Werktags geöffnet.** Komme auf Wunsch auswärts. **Vergrößerungen** nach jedem Bilde.

Fritz Wolff, vorm. Max Wolff,
Pforzheim, Schulberg 5, Tel. 1331.

Arnbach.
Einen Wurf schöne

Milchschweine

hat zu verkaufen

Ernst Bertsch, Landwirt.

Calmbach.
Habe ein schönes, 1 jähriges

Zucht-Rind

zu verkaufen

Philipp Metzler.

Gummiwaren

Mutterspritzen, Frauenkopf., **sanitäre Frauenartikel.**
Anfragen erbet. Versandh. **Hennger, Dresden** 5,52, Am See 37.

Neuenbürg.

Frische Nordseefische Schellfische und Kabliau

sind eingetroffen bei

Gottlieb Traubner.

Dennach.
Eine

Ziege,

unter 2 die Wahl, hat zu verkaufen

J. Alpinger.